

Foto: Historisches Museum, Frankfurt am Main



Trennung von Kirche und Staat, Frankfurt Historisches Museum, C 10684. Die Karikatur kritisiert die enge Verbindung von Kirche und Staat.

## Staatsloyalität kontra Reformwillen

### Die badische Landeskirche im Strudel der Revolution

**Die politischen Turbulenzen der Jahre 1848/49 erschütterten auch die Evangelische Landeskirche in Baden. Reformansätze, vor allem eine stärkere Trennung von Kirche und Staat, blieben nach dem Scheitern der Revolution jedoch vorerst stecken.**

tag für die Arbeit der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt zu beten und um Gottes Segen zu bitten. Eingaben von Kirchengemeinden an das Frankfurter Parlament folgten, die sich für eine evangelisch-protestantische deutsche Gesamtkirche einsetzten.

Tatsächlich aber bewegte sich der Oberkirchenrat während der turbulenten Monate in einem Schlingerkurs, der in einem inneren Zwiespalt begründet lag. Denn als Behörde des Innen-

#### Spagat einer staatlichen Behörde

ministeriums mußte er einerseits die Loyalität zu Staat und Großherzog wahren, den staatlichen Schutz für die Kirche erhalten, wollte und konnte sich aber zum anderen den Zeitforderungen nach Veränderungen nicht verschließen.

In Baden verlief die Revolution stürmischer als in anderen deutschen Staaten. Schon im Vormärz konzentrierten sich im Großherzogtum die liberalen und demokratischen Kräfte. Noch galt die evangelische Kirche als Anstalt des Staates,

der Großherzog beaufsichtigte ihr Vermögen, die Geistlichen standen zusätzlich als Schulinspektoren in staatlicher Pflicht. Angesichts dieser engen Verflechtung und der politischen Unzufriedenheit im Land war es zwangsläufig, daß auch in der Kirche Oppositionelle liberale Reformen forderten, etwa die periodische Erneuerung des Kirchengemeinderats, paritätische Besetzung der Diözesan- und der Generalsynoden, Mitwirkung der Diözesansynoden bei der Ernennung der Dekane und einen gewählten Vorsitzenden der Generalsynode anstelle eines staatlichen Kommissars. Die revolutionäre Stimmung der Bevölkerung zu Beginn des Jahres 1848 machte jedenfalls vor der Landeskirche nicht halt, wenngleich eine einheitliche Linie innerhalb des Kirchenvolks, der Pfarrerschaft und der Kirchenleitung nicht auszumachen ist.

Bereits im Vormärz spielte die Auseinandersetzung zwischen der im Pietismus wurzelnden Erweckungsbewegung und dem Rationalismus eine wichtige Rolle. In der Theologie erstarkte der Supranaturalismus, eine Anschauung, die alle Konservativen einte, die überzeugt waren, nur mit einem bibelnahen Luthertum und dem Beharren auf den Bekenntnisschriften dem

Rationalismus begegnen zu können. Eng verbunden mit der Erweckungsbewegung, der letzten großen Frömmigkeitsbewegung der Neuzeit, ist der Name Aloys Henhöfer (1789–1862). Den Gegenpol bildete in der 40er Jahren die religiös-rationalistische Bewegung, die sich von einer innerprotestantischen Opposition zusammen mit dem Deutschkatholizismus zur Massenbewegung entwickelte. Ihr geistiger Führer wurde der Bahlinger Pfarrer Karl Zittel (1802–1871). Als Vertreter eines kirchlichen und politischen Liberalismus forderte er klar abgegrenzte Kompetenzen von Kirche und Staat, eine institutionalisierte oberste, rein protestantische Kirchenbehörde, die direkt dem Summus Episcopus, dem Großherzog, unterstehen und nur der Generalsynode verantwortlich sein sollte.

Mitte der 40er Jahre wuchsen die Spannungen. Im September 1845 traf sich in Freiburg die Opposition, darunter 63 Geistliche. Die Versammlung beschloß die Gründung der Zeitschrift „Der Morgenbote – Blätter für Glaubensfreiheit und Volksbildung“, in der dann Zittel in einem Grundsatzreferat vor dem Herrschafts- und Absolutheitsanspruch einer „Parthei“ unter „dem Paniere“ des Pietismus warnte. Im Oberkirchenrat löste das Referat große Unruhe aus. Aus Furcht vor einem öffentlichen Protest der Rationalisten wurde Zittel beobachtet und illegale kirchliche Versammlungen wurden verfolgt. Keinesfalls wollte man zulassen, daß Laien aktiviert würden und sich in Veranstaltungen kirchliche Forderungen zu politischen ausweiten könnten. So war die Situation

#### Gespannte Stimmung in der Kirchenleitung

der Landeskirche am Vorabend der Revolution äußerst angespannt. Der Oberkirchenrat versuchte, Versammlungen von Rationalisten und Pietisten, kritische Stimmen, Widerspruch der Pfarrer und liberale Strömungen zu unterbinden.

Die wechselhaften politischen Ereignisse der Revolutionsjahre sowie die aufeinanderprallenden theologischen Richtungen mit ihren divergierenden politischen und kirchenpolitischen Überzeugungen erschütterten auch die Kirche. 1848 machte sich der Mühlbacher Pfarrer Georg Friedrich Schlatter (1799–1875) mit seiner Schrift „Die Verfassung der evangelisch-protestantischen Kirche in Baden, wie sie ist und wie sie seyn soll“ zum Sprecher der Reformwilligen. Er plädierte für die Gleichstellung der geistlichen und weltlichen Vertreter in den Synoden, freie Pfarrerwahl durch die Gemeinden, kritisierte am Landesherrn als Summus Episcopus, daß er vom Schutz- und Schirmherrn zum Herrscher geworden sei. Daneben wurden die Stimmen für mehr

Autonomie für die Kirche lauter und zahlreicher. Aufrufe zu Versammlungen, Petitionen von Gemeinden und Einzelpersonen an den Landtag oder kommentierende Zeitungsartikel spiegelten das kritische Spektrum in der Landeskirche wider, das von einem gemäßigten bis zu einem radikalen Liberalismus reichte.

Ein besonderes Konfliktfeld stellte auch das Schulwesen dar. Die Lehrer fühlten sich von der Kirche kontrolliert, gegängelt und schlecht bezahlt. Eine Gesetzesinitiative Karl Zittels im Januar 1848, der eine Trennung von Kirche und Schule befürwortete, stieß auf reichlich Unterstützung. Obwohl sich auch hier in der Erweckungsbewegung Widerstand formierte, schien eine Petition von 1563 Lehrern vom Juni 1848 den Weg frei zu machen. Die Verhandlungen der Zweiten Kammer, die bis ins Jahr 1849 andauerten, sprachen für eine

Trennung und die Umwandlung der Konfessions- in Gemeindeschulen. Wie eine mögliche Verfassungsänderung war dies aber vom Schicksal der Reichsverfassung abhängig.

Parallel zum Aufstand von Gustav Struve und Friedrich Hecker formulierten die Reformer am 26. April 1848 ihre 24 Thesen als Entwurf für eine neue kirchliche Verfassung: die Abschaffung der Staatskirche unter Leitung des Landesfürsten als Summus Episcopus, eine autonome Kirche mit einem Aufbau von der Gemeindeebene über die Diözese zur Landeskirche und zur freien protestantisch-deutschen Nationalkirche. Unter dem immensen Druck der politischen Entwicklung und der freiheitlichen Bestrebungen in der Kirche öffnete sich der Oberkirchenrat zunehmend den neuen Ideen. Die Forderung von Geistlichen und Gemeinden nach einer



Schandesel, Eselkappe und Rute waren gängige Strafutensilien an den Volksschulen um 1848. Diese waren damals abhängig von der Kirche. Die Schulaufsicht lag bei Pfarrern und Dekanen. Die Trennung von Kirche und Schule war ein wichtiges Anliegen der revolutionären Reformbewegung.

Foto: Stadtarchiv Offenburg